

Lorsch: Aktionstag gegen Bahnlärm am 26. Juli 2015, ohne Quellenangabe

Mehr als 5000 Menschen zeigen Flagge gegen den Bahnlärm

Beim „Aktionstag Bahntrasse“ in Lorsch an der Bergstrasse, der vom Landrat des Kreises Bergstrasse, Matthias Wilkes und dem Bergsträßer Anzeiger initiiert worden war, gab es einen Überblick über den aktuellen Sachstand zur Schnellbahntrasse zwischen Frankfurt und Mannheim.

Auf der Aktionsbühne wurden der Hessische Verkehrsminister Tarek Al-Wazir, der Landrat des Kreises Bergstraße, Matthias Wilkes, der Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Meister, der Leiter der Abteilung Umweltpolitik im Bundesverkehrsministerium, Dr. Veit Steinle sowie drei Bürgermeister aus der Region zur Planung und zu Sachstand interviewt. Fragen an die Bahn beantwortete Wolfgang Bohrer.

Auch Vertreter von vier Bürgerinitiativen aus Lorsch/Einhausen, Lampertheim, Mannheim und dem Mittelrheintal Willi Pusch und dem NABU kamen zu Wort.

Einige Interessengruppen, darunter auch die Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn e.V., hatten Informationsstände aufgebaut, die sehr gut besucht waren. Flyer und Buttons sind uns buchstäblich aus den Händen gerissen worden. So etwas hatten wir bis dahin noch nicht erlebt, so Willi Pusch. Der hessische Verkehrsminister Tarek AL- Wazir informierte sich an den gut besuchten Infostand der Bürgerinitiative über aktuelle Themen, insbesondere über die technischen Möglichkeiten einer Lärm- und Erschütterungssanierung.

Die Flyer und Buttons sind uns buchstäblich aus den Händen gerissen worden. So etwas hatten wir noch nicht erlebt. Auch war die Stimmung so gut, dass die Menschen bei der musikalischen Darbietung der Big Band Laudenbach und Pink Panther auf der Straße getanzt haben.

Bei einem Rahmenprogramm mit Musik und kleinen Shows tummelten sich mehr als 5000 Menschen auf der Aktionsmeile vor dem Lorschener Bahnhof.

Unter allen offiziellen Vertretern bestand Einigkeit darüber, dass eine Trasse nur für den ständig wachsenden Güterverkehr unabdingbar sei.

Schon bei der Planung müssen aber die betroffenen Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Es gelte die Devise: „Nicht gegen die Menschen, sondern für und mit den Menschen gemeinsam planen. Der Mensch geht immer vor.“